

Roland Widder

BEWAHREN ALS POLITIK ?

Die Antwort ist natürlich klar. Das Fragezeichen an Stelle eines Rufzeichens deutet ja bereits die Richtung meiner Argumentation an. So wie es aber oft auch im Alltagsleben interessanter ist, den Weg zu einem Ziel, zu einer Antwort, zu einer Entscheidung zu untersuchen, die jeweiligen Entstehungsbedingungen von Verhältnissen, die Voraussetzungen von Konsequenzen zu erfragen, um damit besser gewappnet zu sein für ähnliche oder gänzlich andere Erfordernisse beziehungsweise Bedingungen von sozialem Handeln, so ist es, umsomehr in einem wissenschaftlichen Diskurszusammenhang, viel eher interessant, die Voraussetzungen und Folgen von Entscheidungen beziehungsweise Antworten offenzulegen.

I.

So etwa ist es doch tatsächlich interessant, dem Verständnis von Politik nachzugehen, das hinter einem Satz versteckt ist, der da lautet: "Wir werden nicht daran gemessen, was wir verhindert haben, sondern daran, was wir getan haben".¹ Dieser Satz ist mein einziger konkreter Burgenlandbezug, er enthält Lokalkolorit nicht durch Torbögen, Arkadengänge und den Nachweis lokalhistorischer Spezifika beziehungsweise baubiologischer Expertisen etc., sondern dadurch, daß er anlässlich der Diskussion über eine geplante 380 kV-Leitung, die eben auch das Südburgenland tangiert,

¹ Kleine Zeitung, 28. 5. 1988, 20.

geäußert wurde. Von einem burgenländischen Politiker, der so, so oder so gefärbt sein könnte - um eine vermutliche Frage zu beantworten.

Natürlich wäre auch hier die Antwort, meine Stellungnahme klar! Ich werde also - selbstredend - nicht von Revitalisierung, von Rückkehr *zu* oder Erhaltung *von* alten Bauformen sprechen. Dies war das Thema der anderen Beiträge der Schlaininger Tagung. Und zum Abschluß dieser Gesprächsrunde gibt es offensichtlich - als Kontrast- beziehungsweise Ergänzungsprogramm - die Möglichkeit für ein sozialwissenschaftlich-politologisches Statement.

Von dieser Erwartungshaltung ausgehend kommt die Frage ins Spiel, was versteht man unter Politik? Das aus den Angeln heben, das Bewirken von Fortschritten (Schutzrechte, Bewahrungsrechte), das Erreichen von Sicherheiten und Artikulationsmöglichkeiten - in Form von Versammlungsrechten oder parlamentarischen Diskursoptionen. Was hat man getan, wenn man etwas getan hat? Was ist die Essenz, vom politischen Akteur geliefert, im politischen System geäußert, mit allen Nebenvoraussetzungen, die solche Selbstdarstellungen offenlegen?

Ich werde - im Wissenschaftsjargon würde man vermutlich sagen, auf einer Metaebene - zu einigen Bedingungen von Politik Stellung nehmen, die ich allerdings nicht auf "Metermaße" zerstückelt wissen wollte, sondern in assoziativer Freiheit mir selbst ein- und gefallen ließ. (Eine gewisse individuelle Gestaltungsvariante, die ja auch den vorangegangenen Beiträgen - so vermute und hörte ich - eher aus der Differenz, der Unterschiedlichkeit der Formen und der oft auch eigenwilligen Nutzung der Ressourcen ihre Bedeutung verlieh).

Was wird gemessen in einer derart prägnanten Formulierung: *"Wir werden nicht daran gemessen, was wir verhindert haben, sondern daran, was wir getan haben"*. Eine Formulierung, die bereits das Kalkül des Zitiertwerdens, die Absicht des großen Satzes für die Nachwelt, in sich birgt. Welche *Zeitvorstellungen* schwingen denn da mit, welche *Denkmalgeschichtsschreibung* ist denn da bereits mitinkludiert, wenn man der Nachwelt etwas hinterlassen will - um sie somit vor dem Nichts zu bewahren? Welche Erinnerbarkeit wird mitgeliefert? Welche *Gedenktafelpolitik* - "unter der Regentschaft von ..." - ist da impliziert? Oder anders gefragt - und dies wäre eine direkte Verknüpfung zu den Berichten der vergangenen Tage: welche Verweil- beziehungsweise "Überbleibslogik" war beabsichtigt bei den anonymen Konstrukteuren jener Bauwerke, die Stoff dieser Diskussionsrunde sind, deren Nachweis, Erhaltungs-

aufforderung, harmonische Weiterentwicklung etc. das Interesse dieser heterogenen Schlaininger Runde ausmacht?

Die Zweckmäßigkeit der jeweiligen (nun historischer Forschungsgegenstand gewordenen) Gegenwart überwog mit Sicherheit die depositäre *Mentalität* der auf *Vermächtnisrituale* vertrauenden Politik.

II.

Politik ist also offensichtlich noch immer, oder zumindest auch das Hinterlassen von Denkmälern, das Bewirken von Fortschritten, das Ausdehnen von Verantwortlichkeiten. Sei es im Bereich des wirtschaftlichen Wachstums, der wohlfahrtsstaatlichen Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit. Die Durchsetzung dessen, was mit Fortschritt gemeint war und/oder angestrebt wird, hat allemal zu tun mit einer anvisierten "*unendlichen Perfektibilität der Verhältnisse*" (W. Benjamin). (Die Fülle von Rechtsvorschriften, wie im Beitrag von H. Widder dargestellt, ist ein Aspekt davon.) Und diese Perfektibilität entwuchs einem - und jetzt werde ich kurz historisch - gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß in der Übergangsphase unserer modernen Gesellschaft vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Dieser Differenzierungsprozeß hatte unter anderem - aber es kann uns in diesem Zusammenhang aus zeitlichen Gründen nicht mehr und nichts anderes interessieren - zur Konsequenz, daß der früher einheitlichere oder zumindest eindeutige Naturbegriff gesprengt "*und zur Differenzierung von Naturwissenschaften und Humanwissenschaften (Geistes-, Sozialwissenschaften etc.) geführt*" hat.²

Das Auseinanderfallen vormals integrierter, aber natürlich stets auch unter Aspekten der Arbeitsteilung jeweils differenziert gewesener Funktionen der Gesellschaft - oder "positiver" formuliert: die Steigerung des *Auflösevermögens* gesellschaftlicher, technischer Verhältnisse in Bezug auf "natürliche" Sachverhalte, hatte wiederum die *Rekombinationsmöglichkeiten*, das Zusammenfügen oder Neuerstellen von "Puzzles", Körpern, Maschinen, Massen, Bevölkerungen, verkäuflichen Gegenständen, industriellen Produktionsformen etc. zur Folge. Auch soziale Schichtenbildungen fallen darunter, ebenso die Vereinheitlichungstendenzen und Kontrollfunktionen durch Bil-

² Niklas Luhmann, Gesellschaftsstrukturelle Bedingungen und Folgeprobleme des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts. In: Ders. (Hrsg.), Soziologische Aufklärung Bd. 4, Opladen 1987, 57.

dungsmaßnahmen: die Genese einer *zentralstaatlichen Verwaltung* wäre das entsprechende analytische Stichwort.

Der differenzierende Blick (vgl. dazu die Fassungen und Bündelungen, die M. Foucault³ erreichte), die Vorgeschichte der Taylorisierung, hatte seine zentralisierenden Konsequenzen und normierenden Funktionen.

Die Qualität des Rekombinierens, die Perfektibilität der Verhältnisse also, die Relationen schließlich, die jedes System zu sich und seiner Umwelt herstellt (ob dies Familie, Haus, Dorf usw. ist), die fanden schließlich zu einem Begriffspaar, das von der Politik angenommen - selbst perfektioniert wurde - und in ein strategisches Dauervokabular mutierte, das lange genug ohne Angewiesenheit auf Glaubwürdigkeit, Moral, Wahrheit, Ästhetik etc. funktioniert:

*"Für die Erfordernisse sehr komplexer Macht- und Gesellschaftsordnungen ist symptomatisch, daß die voll entwickelte bürgerliche Gesellschaft keine Medienhierarchie zur Steuerung von Politik benützt (also Politik nicht durch Wahrheit legitimiert), sondern dafür einen neuartigen politischen Code mit hoher Affinität für Opportunismus ausgebildet hat, und zwar in Form der Dichotomie von progressiv und konservativ".*⁴ Dieses Steuerungskalkül - wir sind progressiv, ihr seid konservativ; aber auch: wir sind die wahrlich Konservativen usf. - ist nach wie vor bestimmendes Antriebselement in der Politik. Dies bezeugen Wahlkämpfe ebenso wie der Streit um die "bessere" Dorferneuerung.

Nur, es hat sich trotz der argumentativen Diffundierung dieser politischen Parallel- und Kontrastbegriffe etwas geändert und bleibt uneingefangen in der herkömmlichen Diktion. Es haben sich - und das ist die jüngste Forschungskonjunktur - (wieder einmal) die Werte gewandelt. Dieser "Wertewandel", auf dessen Ausprägungen in der sozialwissenschaftlichen Literatur hier nicht eingegangen wird, hat die Gewißheit unseres einleitenden, paradigmatischen Politikerzitats ins Wanken gebracht. Die soziale Bewertung über das "Bewahrende" oder über das "Vorantreibende", was konservativ und progressiv in aller Unschärfe bezeichnen wollen, ist ständig im Neubewerten, in Fluktuation, im Neuausprägen alter Grundmuster und Vorleistungen begriffen.

³ Michel Foucault, Überwachen und Strafen, Frankfurt/M. 1977.

⁴ Niklas Lehmann, Macht, Stuttgart 1975, 57.

III.

Es geht also nachfolgend darum, einige begriffsgeschichtlich neue Stationen zu nennen, die die Relativierung dieser Begriffe in sich führen und jüngster Ausdruck ihrer wechselhaften Kurzfristigkeit sind. (Sie deuten somit auf eine Obsoletheit hin, die im Titel bereits begann ...).

- Eine Station auf diesem Argumentationsweg ist die Unterscheidung in "*strukturkonservativ*" - "*wertkonservativ*". Sie wurde zum politischen Diskussionsstoff durch E. Eppler⁵ zur Mitte der 70er Jahre und somit zu einem auch parteipolitisch genutzten Signal des Wertewandels. Es ist im Prinzip die Unterscheidung in Organisierung, Umsetzung und Dauerhaftigkeit von Inhalten.

- Eine andere, damit im direkten Zusammenhang stehende Entwicklung ist die, zur Revitalisierung des Begriffspaares *progressiv/konservativ* beizutragen durch die *Ablösedichotomie* von *sanft/hart*.⁶

Wobei das Duo *sanft/hart* für mich eher ein sprachlicher Bogen zu sein scheint, auf dem sich ein nur begrenzt eindeutig und schroff abgrenzbares Kontinuum von Bewertungen erkennen läßt. Vielleicht lasse ich mich aber dabei auch nur vom Wörtchen "*sanft*" verführen.

Es fanden und finden politische Änderungen statt - vom Revitalisieren der Städte und Dörfer, vom plumpen Nachahmen bis zum ästhetisch sinnvollen Weiterentwickeln angepaßter Bauformen bis zu politischen organisatorischen Neugründungen von sanfter Technik bis hin zum sanften Tourismus - die generell auf das "*Bewahren werthafter Bestände*" hinzielen, vielfach ökologisch zentriert sind und in diversen Etappen seit den 60er Jahren verliefen.

Der Soziologe C. Offe benennt diese Mutation folgendermaßen. Er analysiert das Ende einer "*Auffassung von politischer Rationalität, einer Rationalität, welche die Grünen gewiß weder erfunden noch gepachtet haben, deren Überzeugungskraft sie jedoch ihre Erfolge verdanken. Diese Rationalität verlangt das Bewahren werthafter Bestände, nicht das Bewirken von "Fortschritt"*".

Alles was besteht und was erhalten zu werden lohnt, steht auf dem Spiel. Die Utopie ist nicht das in der Zukunft zu bewirkende ganz andere und bessere, sondern die zuverlässige Vermeidung unwiederbringlicher Verluste und irreversibler Kata-

⁵ Erhard Eppler, *Wege aus der Gefahr*, Reinbek b. Hamburg 1981.

⁶ Helmut Klages, *Wertorientierungen im Wandel*, Frankfurt M./New York 1984.

strophen, die Festigung der bereits abbröckelnden und angeschlagenen Bestände an Frieden, natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft, Bürger- und Menschenrechten, und eine Lebensweise, die dieses Prinzip der "Bewahrung" respektiert. Höchste Priorität hat in diesem Politikerverständnis die Vermeidung weiterer Verluste an diesen drei Fronten ...(Wachstum, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit). Diese Aufgabe kann nicht den beruflich auf Politik spezialisierten Akteuren und Organisationen überlassen werden, sie braucht ihnen auch nicht überlassen werden, da die für "Machen" und "Bewirken" erforderlichen Experten-Qualifikationen unnötig erscheinen ... (Max Weber hat bekanntlich die berufsmäßige Form des Politisierens als *"ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich benannt..."*). C. Offe weiter: *"Politik, die diesem (nicht-bohrenden) Rationalitätstypus folgt, wird tendenziell Laien-Politik, Protestpolitik, Politik, 'in der ersten Person' genannt"*.⁷ Oder auf unser gemeinsames Tagungsthema bezogen und in die politische Plakatsprache übersetzt: Revitalisieren kann jeder, jederzeit - und immer wieder!

IV.

Dieser durch die bisherige Argumente bloß angedeutete Wandel im Politikverständnis und Politisieren, der so schleppend und mit vielen Rückschlägen versehen, dennoch konstatierbar und auch postulierbar bleibt, welche Konsequenzen bringt er für unsere Frage, Bewahren als Politik?

Für manche Sozialwissenschaftler ergeben sich mehr oder weniger sichhaltige methodische Konstruktionen, die ich kurz andeuten möchte. So zum Beispiel, wenn gesprochen wird - in weiterer Differenzierung dieser "Laien-Politik" - von:

- I. - *Selbsthilfeaktionen* - (Entlastungen für das politische System, zum Beispiel Kindergärten, Bioläden, Revitalisierung als Eigeninitiative, Spielplätze etc.)
- II. - *Halteaktionen* - (Kritik an Planungsprozessen, zum Beispiel an Verbauplänen, an Straßenführung, an Lärmquellen, Kraftwerken und sonstigen Industrieanlagen)
- III. - *Widerstandsaktionen* - (gegen getroffene Entscheidungen des politischen, ökonomischen Systems, zum Beispiel Umwandlung stadtnaher Wohnbereiche in Geschäftsviertel, Kraftwerksprojekte - Zwentendorf, Hainburg, Ungarn, Schweiz)

⁷ Claus Offe, Griff nach der Notbremse. In: Die Zeit 34 (20. Aug. 1984), 14.

Zum einen legt dieser kurz skizzierte Wandel im Politisieren, der nicht ohne Einfluß auf das parlamentarisch-politische System blieb, die Tatsache offen, daß allgemeine Verbindlichkeiten, Akzeptanz und Einverständnis sämtlicher Betroffener - ob in der Bauverhandlung im Ort (wo mehr und mehr Interessen und Prämissen mitspielen) oder bei der Energiepolitik der Republik - viel schwieriger zu erzielen sind, als noch vor rund zwei Jahrzehnten. Damals hat man Politik lehrbuchhaft erklärt als: "*...gesellschaftliches Handeln (das heißt Handeln, das zweckhaft auf das Verhalten anderer bezogen ist), welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte (einschließlich materielle Güter) verbindlich zu regeln. Die bindende Wirkung solcher Regelungen muß nicht auf Zwang beruhen...*".⁸

In der Zwischenzeit aber hat man die Unregierbarkeit, die Orientierungslosigkeit, das Ende der Mehrheitsdemokratie, der Planbarkeit und oft auch der Welt entdeckt, spricht von *Überkomplexität* in unserer Gesellschaft, die in eine "Neue Unübersichtlichkeit"⁹ (laut J. *Habermas*) einmündete und Ratlosigkeit zu wissenschaftlichen Ehren bringt. In der Tat geht es heute in der sozialwissenschaftlichen Literatur eher um Angst, Risiko, ums Ende, ums Beenden, wo hingegen noch vor zwei Jahrzehnten eine *Planungs- und Reformeuphorie* die einschlägige Literatur dominierte.

V.

Ich möchte als Abschluß meiner Ausführung wieder auf ein symbolhaftes kleines Beispiel hinweisen, kein Zitat eines Politikers, aber ein Beispiel für ein Politikverständnis, das mir sinnvoll erscheint, dem *Dauerdruck der Variabilität*¹⁰ unseres Gesellschaftssystems zu entsprechen, beziehungsweise Beweis zu sein für eine Denkfähigkeit, die unter anderem zur Überwindung der Codes von progressiv beziehungsweise konservativ beiträgt.

Darüberhinaus soll dieser abschließende Gedanke hinführen zu einem Verständnis von Politisieren "in der ersten Person", in selbstverantworteter Betroffenheit, wie dies weiter oben erwähnt wurde. Dieser politisch in den letzten Jahrzehnten seit den 60er Jahren (R. *Carsons* Stummer Frühling; Hippie-, etc. Ökologie-, Bürgerrechtsbe-

⁸ Gerhard *Lehmbruch*, Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968², 17.

⁹ Jürgen *Habermas*, Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt M. 1985.

¹⁰ Wobei mir zum Stichwort "Variabilität" die Ausführungen von Olaf *Bockhorn* - siehe seinen Beitrag in diesem Sammelband - bestätigend für jenes Konzept einer gesellschaftswissenschaftlichen Dauervariabilität auffallen, wenn er "das ständige Zu- und Umbauen, Ergänzen etc." zum Bestandteil des typisch burgenländischen Baustils erklärt.

wegung) ablaufende Prozeß zielte somit auch auf das hin, was nach "small is beautiful" zu dem führt, was man eine *Vernunft der Restriktion* nennt, im Reparaturjargon, den ich anfänglich andeutete (mit Angst vor der Zivilisation) als "*Kompensation der Modernisierungsschäden*" bezeichnet.¹¹

Doch wie kommt das "weniger, wäre mehr ...", das "Nicht-Verschwenden sondern Verwenden", das "Revitalisieren statt Demolieren", etc. zu politischen Ehren, ohne Politik vom Negativen, vom Sündenregister her, vom ausschließlichen Korrigieren her zu sehen? Durch ein anderes oder durch neufunktionalisiertes *Zeitverständnis* ! Dazu eben ein kleines Beispiel - als Hinweis auf eine mögliche andere Logik des Gestaltens, des Umgangs mit Vorhandenem, auf einen offenen Zeitbegriff also:

Nämlich ein Beispiel aus Basel, wo der Publizist Daniel Wiener simpel und eindrucksvoll ein Buch über die "Geschichte der Stadt Basel von 1987 bis 1999" geschrieben hat.¹² Also: Eine Geschichte von Konsequenzen, die es noch gar nicht gibt. Aus einer Zeit, die noch gar nicht war - doch aus einem offenen Zeitverständnis heraus, das durchaus soviel Imagination besitzt, vom Heute aus so zu denken, als würde man von Morgen aus nach rückwärts schauen. Offensichtlich ist es das, in konkreteren Worten, was "*Reflexive Planung*" genannt wird, was als *antizipatorisches Denken* nun schon seit knapp eineinhalb Jahrzehnten propagiert wird (als Stein der Weisen, des Club of Rome). Tendenziell aber jenes - einem Rezeptcharakter gänzlich unzugängliche - Denken, das selbstreflektiertes Denken ist, das *Miteinbeziehen möglichst vieler Alternativen* und verschiedener Zeithorizonte, Folgekosten und Konsequenzen bedeutet, das schließlich auch schon ansatzweise erprobt wird - eben im ökologischen Kreislaufdenken (vgl. etwa die Nachdenkpausen im Fall Hainburg, und neuerdings Nagymaros) - Beweis für ein ansatzweises Abgehen vom "*Durchziehen*" einer Sache hin zum "*Durchdenken*" auf verschiedenen Ebenen, aufgrund diverser Anlässe, Zwischenreaktionen und analysierbaren Parallelfällen erwartbarer Reaktionen - eben alternativenreicheres Denken!

Ein Denken und Planen schließlich, das angesichts neuerer naturwissenschaftlicher Entwicklungen eventuell sogar mitinkludiert eine "*kontraprojektive, gegen das Mögliche gerichtete Politik*" (so N. Luhmann). Diese würde auch Wissenschaftskritiker wie E. Chargaff beim Wort nehmen, die das Nichtergreifen von möglichen

¹¹ Roland Widder, Zur Mythologie des Fortschritts. Raum-zeitliche Grundüberlegungen zur modernisierenden Entwicklung des Burgenlandes. In: Burgenland in seiner pannonischen Umwelt (FS August Ernst), Burgenländische Forschungen, Sonderband VII, Eisenstadt 1984, 434 ff.

¹² Daniel Wiener, Modell Basel, Geschichte der Stadt Basel von 1987 bis 1999,

Optionen - ob bei gentechnologischen "Fortschritten" oder "Bewahrungsaktionen" oder beim "Rüstungsfortschreiten" oder "-abbauen" - als politisches Kalkül postulieren. Wobei vielleicht dramatische Entwicklungen, wie etwa die Niederwältung rumänischer Dörfer, Anlaß sein könnte für ein "Postulat der Selbstlimitierung", welches man durchaus auch vor der eigenen Haustür und in vielen Lebensbereichen finden kann. In diesem Fall, wenn man so will für das Alltagsleben, hat es P. Virilio als "*Politik des Verschwindens*"¹³ festgehalten, als kriegerische Rasanz und überstürzende Schnelligkeit von Ereignissen, die "konservierend fortschreitende" Identifikation, Beziehungen zu Häusern, Menschen und natürlichen Umwelten obsolet macht.

Wenn also diese Denk- und politischen Planungsprämissen - die klein im Alltag beginnen können, als *Schadensminimierung* oder als sozial und ökologisch verträgliche *Kosten-Nutzenkalküle* bis hin zu "*fehlerfreundlicheren*" (sprich *korrigierbaren*, sprich weiters *reflexiveren*) *Planungen* - Raum gewinnen, dann taucht Licht auf am Horizont der Politik.

Wenn Politik als erahnbares, "gleichzeitig" nachvollziehbares Zusammenspiel von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen - unter Einbeziehung von politischen "Halbwertszeiten", (also dem klassischen aus Anti-Atom-Stimmung geläufigen Inbegriff des Denkens vom Morgen zurück aufs Heute) - irgendwann einmal funktionieren sollte, wenn *soziale Verträglichkeitsprüfungen*, ob durch Gesetze, Bauvorschriften oder Bürgerinitiativen das Ein- und Aussteigen in/von Projekten, Revitalisierungen oder Neubauten begleiteten, wenn *ökologisch angepaßte* und *politisch kontrollierbare Geschwindigkeiten* die Umwandlung von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen in handgreifliche Ergebnisse - von High-Tech bis zur Gen-Tech bestimmen würden, wenn flexibles und adaptionsfähiges Improvisieren und Experimentieren ebenso wie die Rückkehr zu als sinnvoll akzeptierten Traditionen, als sparsames Korrektiv beziehungsweise Handlungsdispositiv oder als allgemein zweckhafter, schöner, billiger, einfacher Vorteil anerkannt wäre, der im bereits Vorhandenen liegt - dann könnte vieles ganz einfach schöner sein.

Und es wäre dann egal, ob die Häuser alt oder neu sind. Und die Frage, ob Bewahren eine, die ausschließliche, zuletzt notwendig gewordene oder schon immer überflüssige Komponente von Politik ist, würde dann gar nicht mehr gestellt werden ... !

¹³ Paul Virilio, *Ästhetik des Verschwindens*, Berlin 1986; *ders.*, *Geschwindigkeit und Politik*, Berlin 1980.

Es würde auch niemand mehr auf eine Antwort warten, wenngleich Politiker in unerkannter Obsolenz sie immer noch, unerhört und ungehört, von sich geben. Dann also müßten die Menschen nicht jenen Zug besteigen, der laut K. *Marx* einstens als zu schnelle "Revolution" der Verhältnisse "die Lokomotive als Weltgeschichte bedeutete", dann müssen wir laut späterer Erkenntnis des Philosophen W. *Benjamin* auch nicht plötzlich den "Griff zur Notbremse" in diesem Zug tun (was für ihn Fortschritt bedeutete), weil wir uns gemächlich nach Fahrplänen, die nicht nur vom Ausgangs- sondern auch vom Urlaubsziel aus betrachtet, stimmen (nicht vom Endziel aus!), zu richten vermögen, mit einem Fahrplan nämlich, den der Literat R. *Musil* vor einem halben Jahrhundert so beschrieben hat:

"Eines Tages ist das stürmische Bedürfnis da: Aussteigen! Abspringen! Ein Heimweh nach Aufgehaltenwerden. Nichtsichentwickeln. Steckenbleiben. Zurückkehren zu einem Punkt, der vor der falschen Abzweigung liegt. Und in der guten alten Zeit, als es das Kaisertum Österreich noch gab, konnte man in einem solchen Fall den Zug der Zeit verlassen, sich in eine gewöhnliche Eisenbahn setzen und in die Heimat zurückfahren".

Literatur:

- Claus *Offe*, Gr iff nach der Notbremse. In: Die Zeit 34 (20. Aug. 1984), 14.
 Erhard *Eppler*, Wege aus der Gefahr, Reinbek b. Hamburg 1981.
 Michel *Foucault*, Überwachen und Strafen, Frankfurt M. 1977.
 Jürgen *Habermas*, Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt M. 1985.
 Helmut *Klages*, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt M./New York 1984
 Gerhard *Lehmbruch*, Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968²
 Niklas *Luhmann*, Gesellschaftsstrukturelle Bedingungen und Folgeprobleme des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts. In: Ders. (Hrsg.), Soziologische Aufklärung Bd. 4, Opladen 1987, 49 ff.
 Ders., Macht, Stuttgart 1975.
 Paul *Virilio*, Ästhetik des Verschwindens, Berlin 1986.
 Ders., Geschwindigkeit und Politik, Berlin 1980.
 Roland *Widder*, Zur Mythologie des Fortschritts. Raum-zeitliche Grundüberlegungen zur modernisierenden Entwicklung des Burgenlandes. In: Burgenland in seiner pannonischen Umwelt (FS August Ernst), Burgenländische Forschungen, Sonderband VII, Eisenstadt 1984, 434 ff.
 Daniel *Wiener*, Modell Basel, Geschichte der Stadt Basel von 1987 bis 1999, Basel 1987.

Diskussion zum Referat Roland WIDDER

Mayer: Was kann sich aus ihren Ausführungen praktisch ergeben?

Roland Widder: Eines- und Aufklärungsarbeit bis hin zu einer Förderung von Dorferneuerungsprojekten im Burgenland ergeben, die eher dezentral organisierbar und geprägt sind von einem Verständnis, das dahinter steht und nicht von einer Verordnung, die von oben kommt, denn das würde dem gänzlich widersprechen. Wenn in der Bauwirtschaft oder in der Forschung Bauformen dann als typisch erklärt werden, wenn sie von ständigen Zu- und Umbauten typisiert werden, was ja der Inbegriff von permanenter Fluktuation ist, dann kann ich zumindest meinem Politikverständnis nach nicht erwarten, daß eine Expertenkommission, so offen, so liberal und so umfassend gebildet sie sein mag, planen kann, was im Burgenland zu geschehen hat, sondern es müßte mit Bildungsbestrebungen verstärkt ein Verständnis vermittelt werden, also von der Basis herkommen. Es muß ein Bedürfnis der Politik dieser Menschen selbst sein, sonst greifen die umfassenden Regelungsvorschriften nur kurzfristig. Ich würde sogar so weit gehen, daß die Bequemlichkeit, das Lebensgefühl sicherlich höheren Stellenwert besitzen müsse, als ein noch so wohl formuliertes Denkmalschutzgesetz. In dieser Politik von der Basis, vom Menschen ausgehend, würde ich eher Chancen für einen Denkmalschutz sehen und nicht durch Expertisen, was allerdings die Experten nicht unnötig macht, sondern es müßte zwischen beiden ein Wechselspiel geben.

Wiesinger: Während beim Natur- und Umweltschutz, zumindest von einem subjektiven Standpunkt her, ziemlich genau definiert werden kann, was schützenswert ist, so ist das in Fragen des Denkmalschutzes wesentlich schwieriger. Es gibt sozusagen keinen definierten Endstatus, den man erreichen möchte. Eine weitere Schwierigkeit ist das Informations- und Bildungsproblem. Hier sind aber Inhalte erforderlich, die man vermitteln möchte. Ein weiteres Problem ist die Frage der Kompetenzen, die nicht nur ein Problem sachlicher Entscheidungen sind, sondern durchaus auch ein Machtproblem. Sollte man zum Schluß kommen, daß die derzeitige Kompetenzverteilung in baurechtlicher Hinsicht zwischen Gemeinden, Land und Bund nicht zielführend sei, nützt diese Erkenntnis allein noch nichts, Veränderungen oder Veränderungswünsche stoßen auf unüberwindliche Schwierigkeiten, weil es sich beim Denkmalschutz um ein Verfassungsgesetz handelt.

Bockhorn: Den letzten Musil-Satz könnte man auch anders verstehen. Heimat ist in der neueren Heimatdiskussion nicht unbedingt die gute, alte, sondern auch die bessere neue Zeit, allerdings nicht in jener Heimatdiskussion, die von den Wendevertretern geführt wird, wobei die Wende doch wohl eine Doppelrolle rückwärts ist. Daß die Probleme so groß sind, liegt unter anderem daran, daß niemand tatsächlich daran interessiert ist, eine kontraproduktive Politik zu machen oder derartige Selbsthilfegruppen bis hin zum Widerstand zu fördern - kein Politiker hat ein Interesse daran. Das führt selbstverständlich dazu, daß die Probleme nicht beseitigt werden und weder Inhalte noch Methoden der Vermittlung bekannt sind. Die Sanierung der Dörfer, in anderen Bundesländer gibt es dafür den Begriff der Erneuerung, wird nur dann funktionieren, wenn die Betroffenen sie überwiegend selbst in die Hand nehmen, natürlich mit der entsprechenden Beratung und mit langanhaltender Bildung, wie Wolfgang Komzak das vorhin beschrieben hat.

Roland Widder: Wir müssen uns selbstkritisch fragen, warum erwarten wir, wenn wir unterstreichen, daß es Bürgerpolitik, Selbstbestimmung und Politik von unten geben soll, dann nach wie vor, daß die Politiker dennoch zu einer solchen Tagung kommen. Es muß eine Politik von unten kommen, da von den derzeitigen politischen Entscheidungsträgern aus diversen Gründen eher tendenziell weniger

zu erwarten ist. Nur jene Initiativen greifen tatsächlich, wo es eine Identität von Lebensgefühl und Schönheit gibt, die für Historiker, Architekten und Betroffene stimmen. Ich glaube, daß das Lebensgefühl auf jeden Fall Vorrang haben muß. Ich würde nicht in einem denkmalgeschützten Haus wohnen wollen, nur weil es jemand anders für mich schön findet. Das ist vielleicht ein kleines Kontrastargument zum Denkmalschutzgesetz, das in der Zeitdimension gedacht auch ein gewisses Halteprogramm ist. Der Denkmalschutz erhält, der status quo wird zum Ziel, natürlich nur zu einem mittelfristigen Ziel. Wir könnten kaum die Veränderungen studieren, wenn wir alles konservieren wollten, was letztlich denkmalschutzmäßig unmöglich ist. Ich weiß allerdings nicht, wie das Denkmalschutzgesetz aus diesem Dilemma herauskommt. Irgendwann muß es ja aufhören, schützen zu wollen. Vom Prinzipiellen her ist es denkmalschutzmöglich, daß vom Gesetz aus alles geschützt wird. Wir wollen nicht alle in einem Museum oder Naturschutzpark leben. Auf diese Diskrepanz wollte ich hinweisen und die Priorität von Lebensgefühl vor Denkmalschutz besonders betonen.

Komzak: Die Aufgabe des Denkmalamtes ist das Bewahren von Objekten, die, aus einem öffentlichen Interesse heraus gesehen, einen gewissen kulturhistorischen Wert haben, aber sicher nicht in Form eines Bewahrens ohne Funktion, das ist heute schon aus wirtschaftlichen Gründen kaum denkbar. Es ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für eine Unterschutzstellung, daß eine entsprechende Widmung, eine entsprechende Funktion gefunden wird.

Obleser: Der Denkmalschützer versteht sich meiner Ansicht nach als Anwalt des Objektes und nicht des Subjekts Mensch.

Wiesinger: Es muß wie beim Naturschutz ein Bewußtsein und auch die Bereitschaft entstehen, in Fragen des städtischen und des Dorfbildes, des Wohnens in unserer Landschaft und in unserer Umgebung den Schutz der Altbauten zu akzeptieren.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland](#)

Jahr/Year: 1990

Band/Volume: [085](#)

Autor(en)/Author(s): Widder Roland

Artikel/Article: [Bewahren als Politik? 419-430](#)